

überwachende Abseitsstellung voraus. Inzwischen wurden die staatlichen Unternehmen nicht schlechter geführt als die privaten. Die meisten kehrten sogar in die Gewinnzone zurück und schufen sich ein solides multinationales Fundament.

Der Fehlschlag trifft einzig und allein die *Ideologie*. Kaum jemand erkennt heute noch Sinn und Zweck der Verstaatlichung. Selbst die Sozialisten geben mehrheitlich zu, daß in den meisten Fällen eine staatliche Sperrminderheit genügt hätte, um der Regierung den gewünschten Einfluß im Wirtschaftsgefüge zu geben, zumal bereits das gesamte Kreditsystem auch ohne Verstaatlichung der Banken der bis in die Einzelheiten gehenden Kontrolle des Finanzministeriums unterlag. Bestätigt wird das ideologische Fiasko durch die Gleichgültigkeit der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer. Hierzu kommt die nunmehr durch die Praxis bestätigte Unmöglichkeit, ein ausgewogenes gemischtwirtschaftliches System aufzubauen, da sich zahlreiche nationale und internationale Verflechtungen nicht vermeiden lassen und vor allem für sozialistische Vorstellungen wenig Raum verbleibt, wenn in diesem System, wie Mitterrand wiederholt versicherte, die marktwirtschaftlichen Regeln gelten sollen. Eine Ideologie kann den Markt ausschalten. Wenn sie ihn aber anerkennt, zieht sie zwangsläufig den kürzeren.

Politisch und psychologisch ist nunmehr das Gelände für eine *umfassende Entstaatlichungsaktion* vorbereitet. Von den Kommunisten abgesehen, gibt es kaum Kräfte, die ernstlich entschlossen wären, sich einer methodischen

und gleichzeitig vernünftigen Reprivatisierung zu widersetzen. Von einigen demagogischen Erklärungen abgesehen, denkt andererseits kaum jemand daran, die staatlichen Dienstleistungsbetriebe, Elektrizität, Gas oder Eisenbahn, in private Hände überzuleiten. Für Kohle und Stahl gibt es keine Anwärter. Die 1982 mit staatlichen Obligationen entschädigten ehemaligen Aktionäre können wieder den Rückweg antreten. Eine weitere Teillösung ist die Verwandlung der Beteiligungszertifikate in stimmberichtigte Aktien.

Darüber hinaus ist es aber nicht einfach, auf dem Kapitalmarkt die für eine weitreichende Entstaatlichung benötigten Mittel zu mobilisieren. Anziehungskraft besitzen natürlich nur Unternehmen, die Gewinne versprechen oder einen Wertzuwachs erhoffen lassen. Andererseits ist es kaum denkbar, dem Auslandskapital uneingeschränkt das Tor zu öffnen, während seine Zurückdrängung nicht im Widerspruch zu den Regeln der Europäischen Gemeinschaft stehen darf. Mit einem politischen Zauberstab läßt sich die wirtschaftliche Landschaft Frankreichs über Nacht gewiß nicht verwandeln. Auf keinen Fall dürfen die Unternehmen durch die Veränderung der Eigentumsverhältnisse in ihrer Geschäftsführung beeinträchtigt werden, denn ihre Lähmung in den Jahren 1981/1982 war bereits sehr kostspielig. Nichts wäre verhängnisvoller als politisch-demagogische Überstürzung. Das angestrebte Ziel vermag nur in Etappen erreicht zu werden. Vordringlicher ist die Befreiung der französischen Wirtschaft aus ihrem dirigistisch-bürokratischen Zwangskorsett.

Alfred Frisch

Auf dem steinigem Weg zur Normalität

Guinea nach Sékou Touré

Guinea wurde unter der 26jährigen Herrschaft Sékou Tourés wirtschaftlich, aber auch politisch so gut wie ruiniert. Das Militärregime, das nach dem Tod des Diktators an die Macht kam, steuert einen pragmatischen Kurs. Wieviel Erfolg und Zeit es dafür haben wird, bleibt ungewiß. Toni Görtz, der im Auftrag von MISSIO das Land mehrere Wochen bereiste, stellt, sich dabei auf kirchliche Stimmen stützend, eine relativ optimistische Prognose.

Der gescheiterte Putschversuch vom 4. Juli 1985 hat das westafrikanische Land Guinea kurzfristig in die Schlagzeilen der Weltpresse gerückt: Regierungstreue Truppen vereitelten an diesem Tag einen Putsch gegen den Militärmachthaber Oberst *Lansana Conté*. Gut ein Jahr zuvor war das Sieben-Millionen-Volk der Guineer ins Rampenlicht der Öffentlichkeit geraten, als der Tod von *Sékou Touré* die Chance bot, einer 26jährigen Diktatur ein Ende zu setzen.

Am 3. April 1984, vier Uhr morgens, rollten Panzer, Panzerspähwagen und Mannschaftsfahrzeuge durch das schlafende Conakry. Hochrangige Militärs leiteten die

Operation. Wenige Tage zuvor war Sékou Touré, der Mann, der das westafrikanische Guinea 26 Jahre lang beherrscht hat, bei einer Herzoperation in Cleveland, Ohio, gestorben. Um seine Nachfolge stritten sich sechs verschiedene Parteien aus seinem Familien-Clan. Als lachender Siebter handelte das Militär.

Machtwechsel nach 26 Jahren

Bei der nächtlichen Aktion vom 3. April besetzte Oberst *Lansana Conté* mit seinen Leuten kampflos die Regierungsgebäude und die Radiostation, die als „Stimme der Revolution“ oft ganz Westafrika in Atem gehalten hatte. Mit der „Revolution“ Sékou Tourés war es jetzt vorbei. Sein Tod hat Hoffnungen geweckt, die nach 26 Jahren der Diktatur, der Unfreiheit, der wirtschaftlichen Gängelung und der politischen Verfolgung kaum noch denkbar schienen. Sékou Touré hatte sich schon 1958 als politischer Senkrechtstarter einen Platz in der afrikanischen Geschichtsschreibung gesichert, dadurch daß er Guinea als ersten Staat im Schwarzen Kontinent aus der französi-

schen Kolonialherrschaft in die Unabhängigkeit führte. Er wurde als Außenpolitiker zum Freiheitsidol der afrikanischen Länder, die der Fremdherrschaft überdrüssig waren. Er forcierte den totalen Bruch mit Frankreich, als er *Charles de Gaulle* 1958 sein berühmt gewordenes „Lieber arm und frei als reich und versklavt“ entgegenschleuderte. Der Satz läutete zugleich eine 20jährige Eiszeit zwischen Frankreich und Guinea ein. Verwirklicht hat Sékou Touré das Motto – innenpolitisch – jedoch in einer recht eigenwilligen Version: Er persönlich wurde frei und reich, sein Volk aber arm und versklavt.

Was in dieser Zeit dem Volk Guineas eigentlich geschah, wurde erst bei der nach dem Tod Sékou Tourés folgenden Machtübernahme des Militärs so richtig deutlich, als mit der Einführung der Rede- und Meinungsfreiheit die Grenzen des Staates auch für Ausländer geöffnet wurden. Der Einblick in die innenpolitische Entwicklung des von Frankreich unabhängig gewordenen Guinea verlangt eine gründliche Revision des zu oft überwiegend positiv gezeichneten Bildes Sékou Tourés. Schon ein Fußmarsch durch Conakry, die Hauptstadt des westafrikanischen Staates, der flächenmäßig ebenso groß ist wie die Bundesrepublik Deutschland, bringt gravierende Sünden vergangener Jahre ans Tageslicht.

Die Stadt gleicht weithin einem großen Dorf, über das ein gewaltiger Sturm hinweggefegt ist, der überall Schäden angerichtet, keines der Steinhäuser verschont und kein Dach unberührt gelassen hat. Manche Viertel sehen aus wie Erdbebengebiete. Müllberge türmen sich an jeder Ecke; überall Ruinen; Maschinen jeder Art und Größe verrotten – es gibt keine Ersatzteile im Land. Kinder haben ihr Nachtlager auf einem Stück Pappe aufgeschlagen und schlafen, Arme und Beine dicht an den Körper gepreßt, einen Meter neben der Straße. Hier liegen Eisenbahnschienen, meterhoch fein säuberlich gestapelt; rostbraun künden sie vom Glanz vergangener Jahre; dort ein Park, in dem Verwüstung herrscht: Das Haus Sékou Tourés, das hier gestanden hat, wurde im Freiheitsrausch des 3. April 1984 völlig zerstört. Eingestürzte Häuser stehen neben Bau- oder Brandruinen. In der Straßenecke klaffen Löcher, manchmal von der Größe eines Quadratmeters, und geben den Blick in die Kanalisation frei.

Heruntergekommenes Land

Die Bausubstanz der Hauptstadt Conakry stammt bis auf weniger als ein Dutzend neuer regierungseigener Gebäude und bis auf die große Moschee aus der Franzosenzeit. Seit 26 Jahren verrottete Conakry. Für notwendige Reparaturen fehlten die Baumaterialien, und es fehlte auch der politische Wille, der der Stadt zu einem ansprechenden Äußeren verholfen hätte.

Die Situation der „Metropole“ ist symptomatisch für vieles im Lande: Fährt der Besucher von Conakry aus in Richtung Kindia, einer kleinen Provinzstadt 150 km von der Küste entfernt, passiert er eine Fabrik für Militärstiefel, eine Farbenfabrik, ein Keramikwerk, eine Zementfabrik und einen Betrieb für Tabakverarbeitung. Damit hat

der Besucher – abgesehen von Bergbaubetrieben – schon mehr als die Hälfte der guineischen Industriebetriebe gesehen, die jedoch alle, bis auf den tabakverarbeitenden Betrieb, durch nichtvorhandene Geschäftigkeit auffallen. Produziert wird selten, einfach weil die Infrastruktur, auf die ein Industriebetrieb angewiesen ist, fehlt.

Auch dieses Bild ist ein Spiegelbild für die Sékou-Touré-Zeit. Wirtschaft, Landwirtschaft, Handel, Verkehr, Ausbildung, Gesundheitswesen – dies alles sind Bereiche, die brachliegen. Von dem Versuch eines Wiederaufbaus kann keine Rede sein, ein totaler Neuanfang ist nötig – wenn auch ein Gang über den Markt von Conakry für den Bereich der Wirtschaft anderes vermuten läßt:

Dicht an dicht gedrängt stehen hier Verkaufsbuden, Schneiderwerkstätten und „Schlachthäuser“ der Metzger. Nahrungsmittel, Früchte und Fertiggerichte gibt es in hundertfachem Angebot. Heimisches Obst, Gemüse und Getreide werden fast zentnerweise feilgeboten. Und auch Gegenstände des täglichen Gebrauchs sind da, in Hülle und Fülle, vom Bierseidel über Öllampen bis zum petroleumbetriebenen Kühlschrank, von Sardinen in der Dose bis zum französischen Rotwein. Heimische Fabrikationen jedoch gibt es nicht. Das gesamte Angebot, bis auf die guineischen Nahrungsmittel, sind Importwaren überwiegend aus westlichen Industrieländern – Symbol für eine Handelspolitik, die den Staatshaushalt aufs schwerste belastet, die Devisen verschlingt, die für Investitionen im Lande so dringend benötigt würden. Eine Mülltonne mit der Aufschrift „Stadt Münster 1962“ mag da noch als bloße Kuriosität gewertet werden. Sie steht wie verloren vor einem halbverfallenen Haus, das sich mit einem handgemalten Schild als Export-Import-Firma ausgibt.

95 Prozent der Exporterlöse Guineas stammen aus dem Verkauf der überaus reichen Bauxitlager des Landes – Aluminium muß eingeführt werden –, der Nahrungsmittelbedarf im Land kann nur ca. 80 Prozent von der heimischen Produktion gedeckt werden, obwohl Guinea noch Anfang der sechziger Jahre ein bedeutendes Agrarexportland war.

Die jahrelang unter Sékou Touré praktizierte *sozialistisch-marxistische Marktpolitik*, gepaart mit hohen Steuerlasten für Bauern, die in Naturalien zu begleichen waren und die auch nicht selten willkürlich vom Militär eingetrieben wurden, hat dazu geführt, daß die landwirtschaftliche Produktion in Guinea für die Bauern unattraktiv war. Felder wurden nicht mehr bebaut, vorhandene Waren wurden so schnell wie möglich illegal über die Grenzen in Nachbarländer verschoben, mit der Folge, daß ein Land, das von der Natur so gesegnet ist, daß alles wie von selbst wächst, jahrelang am Rande des Hungers stand.

Schule und Ausbildung lagen ähnlich darnieder: in den staatlichen Schulen wurde nur noch Ideologieunterricht erteilt, die privaten, vor allem kirchlichen Schulen waren schon 1961 enteignet worden. Bücher gab es im ganzen Land nicht zu kaufen – bis auf die Werke Sékou Tourés. Französisch wurde im Zuge der Afrikanisierungsbestrebungen als einheitliche Landessprache abgeschafft. Es

galten nur noch die Stammessprachen. Dies schuf enorme Kommunikationsschwierigkeiten: Guineer verschiedener Stämme konnten nicht mehr miteinander reden, geschweige denn mit Ausländern.

Die eigene Meinung zu sagen, war zudem ein Vierteljahrhundert lang kaum möglich. Es war lebensgefährlich, nicht mit den – oft wechselnden – Ansichten des Diktators übereinzustimmen. Von nahezu jeder Familie war wenigstens eine Person im KZ, im Gefängnis oder einfach „verschwunden“; Massengräber aus jener Zeit werden wieder und wieder entdeckt.

Die Verantwortlichen der Sékou-Touré-Regierung sitzen heute im Staatsgefängnis von Kindia und warten darauf, daß ihnen der Prozeß gemacht wird. „Es soll kein Blut fließen“, hat die neue Regierung versprochen, die willens ist, die zu erwartenden Todesurteile in Haftstrafen umzuwandeln. Der Verzicht auf Rache – eine Haltung der neuen Regierung, die nicht nur im Inland auf Respekt stößt.

Neuer Freiheitsraum für die Kirche

Mit den Ereignissen vom 3. April 1984 hat Guinea einen Schlußstrich gezogen unter die Zeit der politischen Verfolgung und Unfreiheit. Die Militärregierung unter Oberst Landana Conté hat die Einhaltung der Menschenrechte garantiert, die KZs wurden sofort geöffnet, alle politischen Häftlinge freigelassen, die Presse- und Meinungsfreiheit hergestellt, in den Schulen wurde der Ideologieunterricht abgeschafft, und es wurden erste Schritte unternommen, die landwirtschaftliche Produktion wieder in Gang zu bringen. Vorbei scheint einstweilen die Zeit der Wegelagererei an den Straßen zu sein. Vorbei ist auch der *enorme Druck auf die katholische Kirche*, der ihr das Überleben fast unmöglich gemacht hatte.

Gut ein Vierteljahrhundert lang mußte die kirchliche Arbeit in Guinea offiziell auf Gebetstreffen beschränkt bleiben, denn 1959 schon, wenige Monate nach der Amtsübernahme Sékou Tourés, wurden alle katholischen Vereinigungen verboten; kirchliche Sozialarbeit war nahezu unmöglich geworden, und die gemeinsame Bibellektüre mit Gesprächen über das Leben als Christen in Guinea galt schon als politische Agitation. „Jeder konnte ein Spitzel sein“, beschreibt ein guineischer Priester die prekäre Situation während der Jahre der Unterdrückung, „wer als Priester arbeiten wollte, mußte listig sein wie eine Schlange“. 1961 wurden dann alle katholischen Schulen verstaatlicht, und 1967 mußten gleichsam über Nacht alle europäischen Missionare (2 Bischöfe, 84 Priester, 14 Brüder und 56 Ordensschwwestern) das Land verlassen. Es verblieben lediglich noch 6 einheimische Priester. Seinen Tiefpunkt erreichte das Verhältnis zwischen Kirche und Staat, als 1970 der damalige Erzbischof von Conakry, *Raymond-Marie Tchidimbo*, als Staatsfeind verhaftet und bis 1979 im KZ Boiro gefangengehalten und gefoltert wurde. Heute lebt Tchidimbo in Rom.

Um so erstaunlicher ist die Bestandsaufnahme heute, gut

ein Jahr nach der Öffnung des Landes: 31 einheimische Priester arbeiten in Guinea für eine Kirche, die die Zahl ihrer Gläubigen während der Zeit der Verfolgung auf rund 100 000 verdoppeln konnte – ein Erfolg, der vor allem auf den Einsatz von Laien, vor allem von Katechisten, zurückzuführen ist.

Die Ausbildung einheimischer Priester wurde auch in der Sékou-Touré-Zeit nicht unterbunden: Das Kleine Seminar in Kindia arbeitete ohne Unterbrechung, da hier – nach den Worten seines heutigen Direktors *Désiré Bangoura* – eine „rein spirituelle Ausbildung“ vermittelt wurde. Nach der Vorbereitungszeit in Kindia besuchten die Priesteramtskandidaten das Große Seminar in Koumi (Burkina Faso). Heute bereiten sich 35 guineische Seminaristen in Koumi bzw. im neugegründeten Seminar von Bamako, Mali, auf die Priesterweihe vor. „In einigen Jahren wird der gravierende Priestermangel in Guinea behoben sein“, meint der Erzbischof von Conakry, *Robert Sarah*. Und er sieht für die Kirche des Landes weitere Hoffnungszeichen: Die basisnahe Arbeit aller Priester im Land und das außergewöhnliche Engagement von Laien rechtfertigen positive Zukunftsprognosen.

Ein Beispiel dafür ist St. Alexis, ein kleines verschlafenes Dorf bei Siguir, in der Nähe der Grenze zu Mali. Mit viel Engagement hatte ein junger Katechist seine 450 erwachsenen Christen und deren Kinder über die priesterlosen Jahre gebracht. In St. Alexis leben nur Katholiken. Sie werden in einem völlig muslimischen Umfeld vom gemeinsamen christlichen Glauben zusammengehalten.

Oder ein anderes Beispiel: Nangoa, ein Dorf im Waldgebiet Guineas, am Dreiländereck Sierra Leone/Liberia/Guinea. Auch hier wird die lebendige christliche Gemeinde von Katechisten zusammengehalten; ein Priester aus dem benachbarten Gouékédou, der sich weitgehend auf sie verläßt, kann die Gemeinde nur gelegentlich besuchen. Eine Diskussion mit Mitgliedern des Pfarrgemeinderates läßt aufhorchen. Man hatte sich dort sehr mit Marxisten und Vertretern Sékou Tourés auseinanderzusetzen gehabt. Die Konfrontierung mit Nichtchristen – Anhängern von traditionellen Religionen sowie Muslimen – hat das Selbstverständnis der Christen gefestigt. Und dies, obwohl es bisher kaum Ausbildungsmöglichkeiten für Katechisten gibt. Die selbst gebaute Kirche ist für die gewachsene Gemeinde viel zu klein, es fehlen Unterrichtsräume, Papier, Bücher.

Die Chance einer „historischen Stunde“

Nach den Ereignissen des 3. April 1984 hatte die neue Regierung die katholische Kirche offiziell gebeten, beim Aufbau des Landes mitzuhelfen. Als „eine historische Stunde“ wertet Erzbischof Sarah dieses Angebot zur Zusammenarbeit in einem Land, in dem nur rund 2 Prozent der Einwohner Katholiken sind. Der wirkliche Einfluß der katholischen Kirche in Guinea ist aber sehr viel größer, als er in der Zahl der Gläubigen zum Ausdruck kommt. Die von den Beobachtern geäußerte Befürchtung, daß andere Gruppen, etwa die Moslems, die

fast 80 Prozent der Bevölkerung ausmachen, diesen Einfluß nicht akzeptieren könnten, wehrt Erzbischof Sarah ab: „Ich glaube, daß das hohe Ansehen, das die Kirche auch unter den Moslems und Heiden genießt, diese Gefahr nicht aufkommen läßt. Im Gegenteil: Gerade die Moslems haben ein neues Engagement der Kirche im Bereich der Erziehung und der landwirtschaftlichen Entwicklung gewünscht. Sie profitieren ja auch ganz wesentlich davon. Ich glaube nicht, daß es Neid auf die Stellung der katholischen Kirche in Guinea geben wird, eben weil die Kirche im Land überall hoch geschätzt wird.“ Der Erzbischof belegt seine Einschätzung mit einem persönlichen Erlebnis: „Ein moslemischer Lehrer hat mir seinen erstgeborenen Sohn gebracht, damit ich ihn christlich erziehe. Das Christentum wird auch von Nichtchristen als wertvoll und gut empfunden. In Guinea versteht sich der Islam keineswegs als Gegner des Christentums.“

Als Priorität für die Pastoralarbeit in Guinea sieht der Erzbischof die *Verbesserung der schwierigen Arbeits- und Lebensbedingungen der Priester*. „Es ist zum Beispiel nötig, ihre Transportprobleme zu lösen, damit die Pastoralarbeit möglichst effektiv wird.“ Außerdem sei es nötig, in den Pfarreien Strukturen aufzubauen, die die Priester entlasten. Die räumlichen Voraussetzungen für die Ausbildung von Ordensleuten und Katechisten müßten geschaffen werden. „Und dies ist der wichtigste Punkt, – die Ausbildung“, meint der Erzbischof im Gespräch: „Ohne gut ausgebildete einheimische Führungskräfte – Priester, Schwestern und Katechisten – kann unsere Kirche nicht leben.“

Die Deutsche Bischofskonferenz bewilligte nach den Ereignissen vom 3. April 1984 ein Soforthilfeprogramm für Guinea im Wert von 5,8 Millionen DM, das über kirchliche Hilfswerke abgewickelt wird. Das Internationale Katholische Missionswerk MISSIO hatte auch schon vor dem Regierungswechsel Mittel und Wege gefunden, der Kirche in dem westafrikanischen Staat unter die Arme zu greifen: in den letzten 10 Jahren konnte MISSIO 130 Projekte mit rund 3 Millionen DM in Guinea fördern.

Trotz dieser nicht ungunstigen Perspektive sind die Probleme der Kirche in Guinea bei weitem nicht überwunden. Es gilt, zum Teil in Zusammenarbeit mit dem Staat, ein Gesundheitswesen aufzubauen, das Schulsystem völlig neu zu organisieren, die landwirtschaftliche Produktion wieder anzukurbeln und kirchliche Führungskräfte und Fachkräfte der verschiedensten Berufsgruppen auszubilden – Aufgaben, die in einem Land ohne jede Infrastruktur nur ganz langsam und mit viel Geduld angepackt werden können. Eine schnelle Besserung der Situation sei also in nächster Zeit nicht zu erwarten, so Erzbischof Sarah, aber die neue Freiheit ermögliche es, Schritt für Schritt voranzukommen.

Guinea ist heute ein Land auf dem Wege zur Normalität. Daß dieser Weg steinig und hart ist, belegen nicht nur die wirtschaftlichen Fakten, die als Hypothek übernommen werden müssen. Viele Hürden werden noch zu nehmen sein, wie der Putschversuch vom Juli dieses Jahres gezeigt

hat. Überraschung hat das Kommandounternehmen des Obersten Diara Traoré jedoch nicht ausgelöst, denn spätestens seit Dezember letzten Jahres war ein Putschversuch erwartet worden.

Damals hatte Oberst Lansana Conté seinen Ministerpräsidenten und Rivalen Traoré politisch kaltgestellt, indem er ihn ins Amt des Kulturministers abschob. Und die Bewacher, die Traoré seitdem begleiteten, hatten weniger die Aufgabe, den Kulturminister zu schützen, als vielmehr darauf zu achten, daß er keine Waffen und Verbündete für einen Putsch sammelte – so erzählt man in Diplomatentreisen in Conakry. Der Umsturzversuch ist mißlungen. Zur Folge hatte dies zum einen, daß Conté den Rivalen Traoré zumindest vorerst nicht mehr zu fürchten braucht, zum anderen haben die Ereignisse im Juli gezeigt, wie populär der Staatspräsident ist: Große Teile der Bevölkerung sind spontan zu Kundgebungen für ihn auf die Straße gegangen. Pläne Contés, die Macht demnächst in andere Hände zu legen, sind bisher nicht bekannt geworden.

Der Weg zur Normalität ist steinig

Guinea ist heute auf dem Wege zur Normalität, die allerdings nur in sehr kleinen Schritten erreicht werden kann: Die rund fünf Millionen Guineer, die noch in ihrem Heimatland leben – zwei Millionen Einwohner sind wegen der Willkürherrschaft Sékou Tourés ins Ausland geflohen –, haben 26 Jahre Diktatur hinter sich. Sie waren gezwungen, in einer chaotischen Welt als Überlebenskünstler zu agieren. Einen Sinn für langfristige Strategien konnten sie nie entwickeln. Die Mehrheit von ihnen hat nie erfahren können, was es bedeutet, in Freiheit zu leben. Deshalb wäre es fatal, von heute auf morgen große wirtschaftliche Erfolge von einer Regierung zu erwarten, die praktisch über Nacht und völlig unvorbereitet die Macht übernommen hat. Für eine rasche Aufwärtsentwicklung fehlt in Guinea das Fundament, und damit fehlt auch fast noch jeder Investitionsanreiz für westliche Geldgeber. Die vorhandenen Bodenschätze können so nicht gleichsam in Jahresfrist zu Devisenbringern werden. Was allenfalls schnell leistbar ist, ist ein *Neuaufbau der Landwirtschaft*. Hierfür bedarf es aber in erster Linie keiner großen Programme. Sehr hilfreich ist schon die vollzogene Abschaffung der unter Sékou Touré üblichen Zwangsabgaben und der Handelshemmnisse. Die Gewißheit für die Bauern, erzeugte Produkte selbst nutzen oder verkaufen zu dürfen, dürfte aber – ein wenig politische Stabilität vorausgesetzt – der Nahrungsmittelknappheit in Guinea bald ein Ende setzen.

Dennoch wird es Guinea noch lange schwer haben, die untersten Ränge auf der Entwicklungsskala zu verlassen. Notwendig ist in dieser Situation vor allem eine kontinuierliche, eine beharrliche und eine für Partner berechenbare Politik. Nur so wird es Guinea gelingen, die Situation des Landes zu verbessern, und nur so kann auch die Kirche ein hilfreicher und erfolgreicher Partner des Staates beim Wiederaufbau sein.

Toni Görtz